

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint wöchentlich (außer an Feiertagen) monatlich 24 Mal, von Sonntag, den 2. September bis zum 24. September. In den Sommermonaten (Juni, Juli, August) erscheint es zweimal wöchentlich. Der Preis beträgt 10 Pfennig. Bestellungen sind zu jeder Zeit bei der Druckerei zu machen. Einzelhefte sind zu 1 Pfennig zu haben. Der Vertrieb erfolgt durch den Postversand.



Wilsdruffer Druckerei, Wilsdruff, Dresden. Druckerei: Wilsdruff, Dresden. Druckerei: Wilsdruff, Dresden. Druckerei: Wilsdruff, Dresden.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ ist das zur Veröffentlichung der Bürgermeisters zu Wilsdruff behördlicherseits bestimmte Blatt des Finanzamts Nossen sowie des Forstrentamts Tharandt.

amtlichen Bekanntmachungen des Landratsamtes Meißen und des und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Wilsdruff, des Finanzamts Nossen sowie des Forstrentamts Tharandt.

Rr. 15 — 98. Jahrgang Probantchrift: „Zaarblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch, den 18. Januar 1939

Frankreichs Seerüstungen

Der Stapellauf des neuen Großkampfschiffes „Richelieu“ in Anwesenheit des französischen Marine-Ministers Campinchi ist der Auftakt zu einem neuen großzügigen französischen Flottenbauprogramm, das die Ausfälle der vergangenen Jahre ausgleichen soll. Gleichzeitig mit dem Stapellauf des „Richelieu“ wird ein weiteres 25 000-Tonnen-Schlachtschiff, der „Clemenceau“, auf Kiel gelegt.

Durch die italienisch-französische Spannung sieht sich die französische Marinepolitik darauf hingewiesen, daß sie die größeren Aufgaben zu erfüllen hat, als man ihr bisher zugewiesen hatte. Es gab Zeiten, da war die französische Flotte ausschließlich darauf eingestellt, Frankreichs Mittelmeerinteressen zu sichern, und die meisten französischen Torpedoboote waren so gebaut, daß sie von Toulon aus gerade nach den französischen Kriegshäfen in Tunesien, Algerien, erreicht. Seitdem nun aber Italien das Imperium erklärt hat und zum Schutze des größeren italienischen Reiches eine umfassende Flottenbaupolitik begonnen hat, ist auch in Frankreich das Wort „Imperium“ aufgenommen worden und wird seitdem von der Propaganda immer mehr zum Schlagwort gemacht. Man erinnert sich, daß das französische „Imperium“ neben England das größte in der Welt ist. Mit dieser Erkenntnis wurde dann auch die Forderung nach dem Schutze dieses französischen Imperiums erhoben, und die französischen Marinekreise kamen zu der Auffassung, daß die Flottenstreitkräfte keineswegs ausreichen, um die weiten überseeischen Verbindungswege zu verteidigen. Frankreich sieht die Gefahr vor Augen, die es im Weltkriege erlitten hat, wo die deutschen Kriegsschiffe im Indischen Ozean rund um die 22 000 Tonne Handlungsschiffe in kurzer Zeit versenken konnten, weil die Handelsflotte dort einfach von der Marine nicht den nötigen Schutz bekam. Schließlich macht sich Frankreich mit dem Gedanken vertraut, daß es vielleicht auch einmal in die Lage kommen könnte, ohne Hilfe Englands seine Ueberseesicherung zu müssen.

Hatten schon alle diese Gesichtspunkte im Jahre 1938 den Ausgangspunkt zu einer neuen großzügigen Flottenbaupolitik gegeben, so wurde die Forderung nach einer wesentlichen Verstärkung der französischen Marineflotte noch härter laut, als man die Seerüstungen des benachbarten Italien sah. So wurden im französischen Staatshaushalt 1938 nach dem von der Regierung gebilligten Bauplan zwei Flugzeugträger, ein Kreuzer, fünf Zerstörer, fünf U-Boote und zwei Schnellboote auf Stapel gelegt. Diese Neubauten betragen insgesamt 63 000 Tonnen und überfliegen die Durchschnittsbauten der vergangenen Jahre um 50 v. H. Der Flottenneubau wurde aber durch die häufigen Streiks und vor allem durch die Biergigantenspende stark behindert und der Haushaltsfonds durch die fortschreitende Franco-Entwertung wesentlich gekürzt. So kam es, daß die Neubauten nicht terminmäßig fertig wurden. Frankreich kam gegenüber Italien immer mehr ins Hintertreffen, wo Mussolini im Januar des Vorjahres den Neubau von zwei Schlachtschiffen, zwölf Zerstörern und zahlreichen U-Booten bekanntgab. Eine Ueberflügung durch Italien würde für Frankreich die Verdrängung vom vierten Platz unter den Seemächten bedeuten.

Im Rahmen des Rüstungsprogramms der Regierung Daladier wurde dann im Mai vergangenen Jahres durch Kabinetsbeschluss ein zusätzlicher Bauplan schaefer, der zwei Schlachtschiffe, einen Kreuzer, sieben U-Boote, leichte Ueberwasserfahrzeuge und fünf Dorschboote mit insgesamt 130 000 Tonnen vorsah. Gleichzeitig wurden das Marineoffizierskorps um 478 und die Mannschaften um 5500 Köpfe erhöht.

Alle diese Schiffe sollten bis 1939 auf Stapel gelegt und bis 1942 in Dienst gestellt werden. Das würde für die französische Werkinindustrie etwa eine Verdreifung ihres bisherigen Jahresdurchschnittes bedeuten. Wenn man sich aber erinnert, daß gerade die Werften unter den vielen Streiks zu leiden haben, so wird man die Besorgnisse der französischen Marinekreise begreifen, die befürchten, daß das ganze Flottenbauprogramm bis 1942 nicht wird durchgeführt werden können.

An fertigen, in Bau befindlichen und bisher bewilligten Kampfschiffen stellte sich Ende 1938 der Schiffsbestand der französischen Kriegsmarine folgendermaßen dar:

Schlachtschiffe	fertig	im Bau	bewilligt	zus. Tonnen
Flugzeugträger	7	2	2	303 945
Schwere Kreuzer	1	1	1	66 146
Leichte Kreuzer	7	—	—	70 000
Flottillenführer	12	2	1	108 502
Zerstörer	32	—	—	77 846
Schiffe-U-Boote	29	12	6	64 244
Schnellboote	40	2	1	57 736
Räuber-U-Boote	31	7	11	31 315

Mit diesem Bestand würde die französische Kriegsmarine die Tonnage der Vorkriegszeit etwas übertreffen. Hand in Hand mit den Neubauten geht auch der Ausbau der Kriegshäfen und der überseeischen Stützpunkte.

Morgen Donnerstag Pfundsammlung!

Erprobte Bande der Freundschaft

Empfang Ribbentrops zu Ehren Graf Csakys — Gefallenenehrung durch den ungarischen Außenminister

Der Reichsminister des Auswärtigen, von Ribbentrop, gab zu Ehren des in Berlin weilenden Königlich Ungarischen Ministers des Auswärtigen, Graf Csaky, ein Essen im Berliner Hotel Kaiserhof, bei dem herzliche Trinkbrüche gewechselt wurden. Reichsaussenminister von Ribbentrop ließ den ungarischen Gast in der Hauptstadt des Deutschen Reiches willkommen und gedachte der langjährigen in Krieg und Frieden erprobten Bande der Freundschaft und der gegenseitigen Achtung, durch die sich das deutsche Volk mit der ungarischen Nation verbunden wisse. In seiner Antwort wies Außenminister Graf Csaky auf die realen Bande des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens und der Sympathie hin, die heute und auch für die Zukunft das ungarische und das deutsche Volk verbindet, und gab seiner besonderen Freude über den herzlichen Empfang Ausdruck, der ihm in der Hauptstadt des befreundeten Deutschland zuteil geworden sei.

Während seines Berliner Aufenthaltes legte der ungarische Außenminister am Berliner Ehrenmal Unter den Linden einen großen Lorbeerkranz nieder, dessen Schleife die Inschrift trug: „An treuen Gedanken an die beiden Nationen des Reiches.“

Unterredung Graf Csakys mit Hermann Göring
Der ungarische Außenminister Graf Csaky flatterte in Begleitung des ungarischen Gesandten Esztojan dem Reichspräsidenten Generalfeldmarschall Göring einen Besuch ab. Der Feldmarschall hatte mit Graf Csaky eine einstündige Unterredung.

Die ungarischen Zeitungen verzeichnen mit dankbarer Anerkennung den überaus herzlichen Empfang des Grafen Csaky in Berlin. Der „Pester Lloyd“ schreibt u. a., die Besprechungen Graf Csakys in der deutschen Reichshauptstadt, bei denen der Empfang beim Führer den Höhepunkt bildete, seien eine Folge des Verständnisses für die Freundschaftsbeziehungen der beiden Staaten, deren Festigkeit durch den Beitritt Ungarns zum Antikominternpakt sinnfällig in Erscheinung trat.

Das Deutschtum in der Tscheco-Slowakei

Wunsch nach freundschaftlichem Verhältnis
In einer Erklärung der Deutschen Volksgruppe in der Tscheco-Slowakei, die von dem Abgeordneten Kundi geführt wird, wird gesagt, daß die Deutschen keine Konformitätsspieler wolkten, wie es jahrelang die Demokraten gegenüber den autoritären Staaten getan hätten. Die Deutsche Volksgruppe wolle freie und ungehinderte politische Betätigung in der

Tscheco-Slowakei, Erhaltung des Arbeitsplatzes, weitgehende Selbstbestimmung des deutschen Schulwesens und Kulturlebens, Ausschaltung der Juden aus dem Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen und ein gutes Verhältnis der Tschechen zum Deutschen Reich.

Festigung des Vertrauensverhältnisses

Zwischen der slowakischen Regierung und der deutschen Volksgruppe
Das Presseamt der Deutschen Partei in der Slowakei teilt im Einvernehmen mit dem slowakischen Ministerpräsidenten Dr. Tiso unter anderem mit: Zwischen dem Ministerpräsidenten Dr. Tiso und dem Staatssekretär für die Angelegenheiten der deutschen Volksgruppe in der Slowakei fand in Anwesenheit des Ministers Turcanik eine längere Unterredung statt, deren Zweck die Klärung verschiedener Fragen war. Zur Vollziehung erklärte der Ministerpräsident, daß es sich bei dieser Unterredung um einen provisorischen Verwaltungsmäßigen Akt handelt, der als solcher die nationalen Rechte der deutschen Volksgruppe in der Slowakei nicht berührt. Was die Entlassung deutscher Angehöriger und Arbeiter betraf, billigte der Ministerpräsident das bereits im Zuge befindliche Verhältnismäßigkeitsverfahren und sagte eine Ausdehnung dieses Verfahrens, das zu einer künftigen Einwirkung ausgebaut werden soll, auf alle derartigen Fälle zu. In diesem Zusammenhang erklärte Dr. Tiso auch, daß der Bestand einer selbständigen deutschen Gewerkschaft in der Slowakei sichergestellt sei.

Im Anschluß an diese Besprechungen, die zu einer Festigung des Vertrauensverhältnisses zwischen den beiden Völkern beitragen, wurde noch eine Reihe von Einzelfragen erörtert, unter anderem stimmte der Ministerpräsident der geplanten Uniform des NS-Deutsches der Deutschen Partei und der Amtswalterschaft der Deutschen Partei zu.

Gleiche Rechte und Pflichten

Deutschtum in Südwesafrika gegen Unterdrückungsmaßnahmen
Eine Delegiertenversammlung des Deutschen Südwesafrika-Bundes fand in Windhof (Deutsch-Südwesafrika) statt. Die Versammlung brachte in einer Entschliessung zum Ausdruck, daß der Deutsche Südwesafrika bis zur endgültigen und gerechten Lösung der Kolonialfrage auf strikter Aufrechterhaltung des Mandatsystems bestehe und alle Einverleibungsversuche in die Südafrikanische Union bekämpfe. Weiter wendeten sich die Deutschen Südwesafrikas energisch gegen alle Versuche, das Deutschtum im Mandatsgebiet zu verdrängen. Sie verlangen u. a. die Einführung eines Mandatsbürocrates, das dem Südwesafrika Deutschtum gleiche Rechte und Pflichten im Mandatsgebiet wie den Südafrikanern gewährt. Schärfster Protest wird auch gegen die Unterbindung der deutschen Einwanderung erhoben, die verfassungswidrig sei.

Stürmische Kammer Sitzung in Paris

Rotspanien bekam über Frankreich 50 000 Tonnen Kriegsmaterial

Die französische Kammer setzte ihre außenpolitische Aussprache fort. Der erste Redner der Nachmittags-Sitzung, der sozialistische Abgeordnete Reihore, sprach vor fast leeren Säulen. Er schloß mit der Forderung auf sofortige Öffnung der französisch-spanischen Grenze. (1)

Als zweiter Redner des Nachmittags besaß der ehemalige Ministerpräsident Lalande die Rednertribüne, um im Namen seiner Freunde zu der französischen Außenpolitik Stellung zu nehmen. Er ging davon aus, daß manche Leute die Münchener Abmachungen verurteilten. Diese falsche Auslegung käme von den neuen Nationalisten oder den Uebernationalisten, die diejenigen, die nicht der gleichen Auffassung seien wie sie, gern als Defaitisten bezüchelten. Die Uebernationalisten hätten auch behauptet, Frankreich habe eine Niederlage in München erlitten. Der Widerstand des Münchner Abkommens im Volk sei die beste Antwort auf derartige Vermutungen gewesen.

Das Ziel der bisherigen französischen Politik sei die „Organisierung und die Aufrechterhaltung des Friedens durch kollektive Sicherheit und gegenseitigen Respekt“ gewesen. Diese französische Politik habe aber ihre Grundzüge verloren, und man müsse eine neue Grundlage suchen.

Das Ziel der Politik habe sich nicht geändert, es sei die Aufrechterhaltung des Friedens und die Sicherung aller Grenzen des Mutterlandes und der Kolonien. Nur die Wahl der Mittel sei anders geworden. Die bisherige Politik habe an den Rand des Krieges geführt. Werde man diese Politik jetzt noch fortsetzen oder was für eine Politik werde man jetzt wählen? Die Wahl könne nur von den Verantwortlichen diktiert werden. Die Verantwortlichkeit sei die, daß Deutschland und Italien Genf verlassen haben und daß sie das System der Kollektivierung ab-

lehnen. Der Nationale Kerillis und der Kommunist Bert hatten eine Koalition zwischen England, Frankreich, Polen, Sowjetrußland, Rumänien und Jugoslawien gefordert. Es genüge, sich einen Konflikt zwischen der Sowjetunion und Polen vorzustellen, um sich über die Sinnlosigkeit dieses Systems klar zu werden.

Im weiteren Verlauf seiner Rede ging Lalande ausführlich auf das spanische Problem ein. Es wäre paradox, wenn Frankreich heute in den spanischen Bürgerkrieg eingreifen würde, nachdem es dies damals nicht getan habe, als die Lage viel günstiger war. Er könne nicht glauben, daß Leon Blum und Delbos die Nichtteilnahme nur als Betrug aufgeföhrt hätten. Auf diese Bemerkung Lalandes sprach Leon Blum auf und behauptete, daß seine Regierung sich stets genau an das Nichtteilnahmeverabkommen gehalten habe.

Lalande warf Blum vor, daß er das Nichtteilnahmeverabkommen nicht strikt durchgeführt habe, denn es seien 50 000 Tonnen Kriegsmaterial im Transit- und auf anderen Wegen nach Rotspanien gelangt.

Man behaupte, so erklärte Lalande, auf der linken, daß eine Öffnung der Grenzen keine Einmischung bedeute. Er sei aber überzeugt, daß die Spanier erklären würden, daß ihre Brüder durch französisches Kriegsmaterial getötet worden seien. Eine Intervention in Spanien sei gleichbedeutend mit einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates.

Lalande forderte die Beobachtung einer strikten Neutralität und die Zuerkennung des Rechtes kriegsführender Staaten an beide Parteien. Man müsse auch die Regierung Franco anerkennen. Das künftige Zustandkommen und das künftige Jögern